der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Deutschland nach Kräften fortzuentwickeln und zu vertiefen, sowohl im Interesse der beiden Länder als auch zum Zwecke der Festigung des allgemeinen Friedens.

Reichspräsident von Hindenburg erwiderte: Ich stelle mit Genugtuung fest, daß Sie in ihrer Ansprache der guten Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gedacht haben, die sich auf Grund der bestehenden Verträge zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken zum Wohle beider Völker und zum Nutzen für den Weltfrieden entwickelt haben und bitte Sie, die Versicherung entgegenzunehmen, daß die Deutsche Regierung und ich selbst alles tun werden, um Sie in Ihrem Bestreben zu unterstützen, diese Beziehungen weiter zu pflegen und zu vertiefen.

Gleichzeitig nehme ich die freundlichen Wünsche, die der Vorsitzende des Zentral-Exekutiv-Komitees, Herr Kalinin, in Ihrem mir überreichten Beglaubigungsschreiben für das Gedeihen Deutschlands und für mich persönlich zum Ausdruck gebracht hat, mit bestem Danke entgegen.

Die Kroll-Oper vor dem Landtag

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung steht der neue Vertrag, der zwischen der Regierung und der Volksbühne an Stelle des alten vorbehaltlich der Genehmigung des Landtags geschlossen ist. Die Volksbühne erhält nach diesem Vertrag bis zum Ablauf des alten Vertrags 1949 einen jährlichen Betrag von 100 000 Mark, und zwar sollen die Beträge für die ersten sechs Jahre sofort gezahlt werden; die restlichen Beträge können durch Zahlung von zweimal je 450 000 Mark am 1. April 1932 und 1. April 1933 pauschaliert und vermindert werden.

Der Vertrag wird heute wahrscheinlich dem Hauptausschuß des Landtags zur Nachprüfung überwiesen werden. Das Plenum des Landtags wird wohl Ende dieser Woche endgültig dazu Stellung nehmen. Im Landtag wird an der Annahme des Vertrages nicht gezweifelt.

Das weitere Schicksal der Kroll-Bühne ist noch völlig ungewiß. Es ist möglich, daß die Bestrebungen, die Kroll-Oper, wenn auch in etwas eingeengter Form, in Verbindung mit der Landesbühne fortzuführen, von Erfolg begleitet sind, wenn die Gewähr für einen annähernden Ausgleich der Einnahmen und Kosten gegeben ist; das heißt, wenn ein irgendwie nennenswertes Defizit vermieden werden kann. In den Kreisen der Regierung und auch im Landtag wird auch der Gedanke erwogen, die Kroll-Bühne als großes repräsentatives Berliner Konzerthaus neu erstehen zu lassen.

Morgen Filmdebatte

Um 1 Uhr mittags ist der Preußische Landtag zusammengetreten. Die Session wird nur einige Tage dauern. Während in der Eröffnungssitzung nur einige kleinere Vorlagen zur Sprache kommen, erwartet man am Dienstag eine lebhafte Aussprache, da auf der Tagesordnung dieser Sitzung die gegen Ministerpräsidenten Braun und Severing eingebrachten Mißtrauensanträge stehen.

Die Deutschnationale Volkspartei läßt schon jetzt verbreiten, daß sie die Absicht habe, bei der Begründung ihrer Mißtrauensanträge die Vorgänge heranzuziehen, die sich vor dem Verbot des Kriegs-Films in Berlin abgespielt haben. Die preußische Regierung steht dieser Film-Debatte mit Gleichmut entgegen, da man in der Stellung der Mißtrauensanträge ein von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteiltes Manöver der Rechtsopposition erblickt.

Ministerpräsident Braun wird es wohl seinem Kollegen Severing überlassen, in die Debatte einzugreifen, um den Standpunkt des preußischen Staatsministeriums darzulegen.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag soll am Freitag erfolgen. Dann will sich der Landtag bis zum 27. Januar vertagen, um alsbald die zweite Haushaltslesung vorzunehmen. Der Hauptausschuß wird bereits Anfang Januar zusammentreten, um den Haushalt vorzuberaten.

Ruhr-Verhandlungen vertagt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ESSEN, 15. DEZEMBER

Die ursprünglich auf den 19. Dezember angesetzten Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau sind jetzt auf den 29. Dezember vertagt worden. Es könnte überraschen, daß die Verhandlungen jetzt so kurz vor Ablauf der Tarife angesetzt sind, aber die Situation ist wohl durchsichtiger, als es nach den Publikationen der am Tarifvertrag beteiligten Parteien nach „außen hin erscheinen mag. Mit der geforderten 12prozentigen Lohnsenkung rechnet auch in den Arbeitgeberkreisen niemand ernsthaft, ebenso wie die Gewerkschaften sich trotz ihrer Ablehnung jeder Lohnkürzung der Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers fügen werden. Daran ändert auch die scharfe Agitation der Kommunisten nichts. Ein Streik ist jedenfalls nicht zu befürchten.

Gerlach „stört" Thüringens Ordnung

Hellmuth von Gerlach sollte am Montag in einer öffentlichen Versammlung der Friedensgesellschaft in Gotha sprechen. Die Veranstaltung ist auf Anordnung des thüringischen Innenministeriums wegen „drohender Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung" verboten worden.

Kommunisten-Verhaftungen in Finnland

Die Kriminalpolizei in Helsingfors nahm 20 Personen, darunter die Hälfte Frauen, wegen kommunistischer Propagandatätigkeit fest. Gleichzeitig wurden vier geheime Quartiere entdeckt, in denen russische Organisatoren versteckt waren und in denen geheime Proklamationen verfaßt und gedruckt wurden. Auch in Tammerfors wurden mehrere Personen verhaftet und Propagandamaterial beschlagnahmt.

Grimme in Ostpreußen

Die Aufgabe des Pädagogen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖNIGSBERG, 15. DEZEMBER

Bei der republikanischen Lehrertagung in Königsberg sprach Kultusminister Dr. Grimme über die pädagogische Aufgabe unserer Zeit. Als Träger des Staatsgedankens, als Mitgestalter des Staates, so führte er aus, stehe der Lehrer heute an erster Stelle. Die Pflicht zur Verantwortung umfasse für ihn ein viel weiteres Gebiet als für den Beamten früherer Zeiten, der zwar vollauf seine Pflicht getan, aber doch nur das ihm gestellte Pensum sauber und exakt zu erfüllen gehabt habe. Heute aber brauche Deutschland Menschen, die aus eigenem Drang, unter dem Zwang des eigenen Gewissens handelnd, ihre Arbeit mit neuem Geist erfüllen.

„Der deutsche Lehrer hat Menschen zu erziehen, die die Fähigkeit zur Selbstentscheidung haben sollen, gepaart mit jener Selbstbescheidung, die unsere Zeit gebieterisch fordert. Die Jugend muß so herangebildet werden, daß sie sich politisch nicht eher betätigt, als sie menschlich dazu reif ist. Die Kinder dürfen nicht zum Werkzeug einer Partei, der Lehrer nicht zum Büttel einer Tendenz erniedrigt werden. Das Wachstum der politischen Jugendbünde zu unterbinden, wäre eine wahrhaft nationale Tat."

Einen Weg in dieser Richtung sieht Grimme vor allem im Arbeitsunterricht, weil dieser die sachliche Arbeit in den Vordergrund stelle ohne Rücksicht darauf, welche Parteigesinnung sich jemand ins Knopfloch stecke. Es gelte, die seelische Seuche im deutschen Menschen auszurotten, die den Andersdenkenden als einen Feind oder moralisch Minderwertigen erscheinen lasse. Nur die deutsche Demokratie der in ihr begründete Wille zur Verantwortung und zur Selbstgesetzlichkeit könne eine solche Anschauung in die jungen Herzen senken.

Im Republikanischen Klub, Königsberg, erklärte Minister Grimme: Ostpreußen ist das Heimatland des preußischen Pflichtgefühls und der Staatstreue. In Zeiten, wo es dem Staat gut geht, ist es nicht schwer, ihm die Treue zu halten. Anders dagegen in schwierigen Zeiten, wie in der heutigen. Aber jetzt grade ist die beste Gelegenheit zu beweisen, was es mit der Staatstreue auf sich hat.

Die in den letzten Wochen beobachtete Verwirrung der Begriffe und Gefühle ist eine Erscheinung, die man nur mit Kopfschütteln begleiten kann. Grade hier in Königsberg, in der Stadt der reinen Vernunft und des kategorischen Imperativs, ist diese Verwirrung so weit vorgeschritten, daß man den Geist der gefallenen Helden des Weltkrieges beschwor, um die Pflichttreue der Beamten vor der Oeffentlichkeit in einem falschen Licht erscheinen zu lassen. Man setzte den Willen zum Pflichtgefühl im Dienst des Staates fälschlicherweise eben jenem Heldengeist entgegen, in dem sich nichts anderes verkörperte, als die Treue gegen den Staat, die mit dem Leben bezahlt wurde.

Die Tatsache, daß jene Kreise auf der einen Seite die Helden ehren, die aus Pflichtgefühl für ihr Vaterland starben, auf der andren Seite aber die Beamten schmähen, die ihr Pflichtbewußtsein bewiesen, ist nicht auf einem gemeinsamen Nenner zu bringen. Aus dieser Verwirrung der Geister hinaus leitet ein Wort das in der Turnhalle einer ostpreußischen Schule als Wandspruch steht, ein Wort des Turnvaters Jahn: „Mein Schild führt die Farben schwarz-rot-gold, und darauf steht geschrieben: Einheit, Freiheit, Vaterland."

Wir müssen danach trachten, dieses Wort in die Wirklichkeit umzusetzen. Mein Wunsch ist, daß Königsberg und Berlin sich immer vereint fühlen mögen, daß dieses Einheitsbewußtsein uns befeele und daß uns alle trage ein starkes Freiheitsgefühl und eine ehrliche Vaterlandsliebe.

Echo des Filmverbots

Kopfschütteln bei den Auslanddeutschen

NEW YORK, 15. DEZEMBER

Die „New-Yorker Staatszeitung", der als Blatt der Auslandsdeutschen gewiß nicht vorgeworfen werden kann, den deutschen Interessen gleichgültig gegenüberzustehen, behandelt heute in einem zweispaltigen Leitartikel das Verbot des Remarque-Films.

Sie schreibt: „Eine Minderheit hat über die Mehrheit, gewalttätige Parteipolitik über gesunden Menschenverstand gesiegt. Die Kriegshetzer haben über die Friedensfreunde, die Hitlerianer über die Stimmen der Vernunft triumphiert. Wir haben den Film hier ohne Kürzung und „Reinigung" gesehen, wir haben ihn als Deutsche und als mit Deutschland fühlende Amerikaner gesehen, und wir alle haben diesen Film ganz anders gesehen als ein vom Reichswehrminister abkommandierter Hauptmann.

Wir sahen in diesem Film die Verherrlichung des deutschen Heeres, wir sahen diese Helden unter Leiden und Entbehrungen ausharren bis zum letzten Mann und bis zum letzten knabenhaften Rekruten der allerletzten Reserve, und wir sahen und hörten, wie die amerikanischen Zuschauer den Deutschen zujubelten. So hat dieser drüben verbotene Film hier das Ansehen des deutschen Heeres „geschädigt und herabgesetzt". Wir schätzten grade diesen Film als ein menschliches Dokument, das Kind und Kindeskinder belehren und lehrend vor dem Wahnsinn des Krieges bewahren soll.

Die jämmerliche Parteipolitik der Nationalsozialisten gegen die Republik und ihre Politik, die gewissenlos selbst vor einem neuen Krieg nicht zurückschreckt, der Deutschland auf immer vernichten würde, sind die wahren Motive, die hinter der Hetze verborgen liegen. Die deutsche Regierung — und das ist das Beschämendste — hat sich vor einer Partei gebeugt, die mit Phrasen, Straßenradau, Rattern, weißen Mäusen und Stinkbomben arbeitet. Wäre der Film so deutschfeindlich, wie er es tatsächlich nicht ist, er hätte dem Ansehen des Deutschen Reiches nicht annähernd so großen Schaden zufügen können wie das Gebaren der Nationalsozialisten, die sein Verbot der Schwäche der Regierung abgepreßt haben."

Unter den zahlreichen Zuschriften, die der „Vossischen Zeitung" von Lesern aus dem Auslande zugingen, geben wir die folgende Aeußerung einer deutschen Frau aus Paris wieder:

SEVRES BEI PARIS, 13. DEZEMBER

„Gestern sah ich den Film „A l'ouest rien de nouveau" in einem großen, überfüllten Kino der Champs Elysées. Der Eindruck auf das Publikum war erschütternd, das nicht einen deutschen Niederlage-Film, sondern ein Bild des Krieges aufnahm. Beweis die Rufe: à bas la guerre!)

Der Film (das Buch natürlich noch stärker) ist das Hohelied der Pflichterfüllung ohne Phrasen. Ein großer Mahnruf zur Selbstbesinnung an die zahlreichen Taienlosen, die nur reden. Hier sah man erprobte Kameradschaft und Humor angesichts des lauernden Todes.

Nach dem Eindruck des Films wirkte die Nachricht seines Verbotes in Deutschland wie ein Schlag, den ich im Ausland als nationale Schmach empfand. Der einzige Grund hierfür kann nur sein, die innere Zerrissenheit des deutschen Volkes a't auf die Spitze zu treiben. Die Frage bleibt, ob das Verkriechen vor der Wahrheit hiermit aufgewogen wird. Der Frontsoldat, der schon immer nicht zu den redseligen Leuten gehörte, scheint immer mehr, wie seine ganze Generation, zum Schweigen verurteilt zu werden; einmal durch die Aelteren, die ihn in den frisch-fröhlichen Krieg schickten, und enttäuscht waren, daß er nicht frisch-fröhlich wiederkehrte, und andererseits durch die Jüngeren (denen es nicht zu verargen ist), die lieber den „Idealen" der Aelteren glauben als den Berichten derer, die dabei waren.

Und doch ist bei der Gestaltung des Werdenden die Mitarbeit der in schlimmen Prüfungen Gewordenen nötig. Darum wende ich mich, als Tochter eines preußischen Offiziers, gegen die parteipolitische Fälschung der Tendenz des Films.

Renate Wichmann,
geb. Geisberg."

Fehlschlag der indischen Einigungsversuche

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 15. DEZEMBER

Die Wochenddesprechungen in MacDonalds Landhaus in Chequers, bei denen der Versuch gemacht werden sollte, Hindus, Mohammedaner und Sikhs zu einer Einigung über die Zahl ihrer Sitze in den Provinzparlamenten zu bewegen, sind trotz aller Bemühungen des Ministerpräsidenten an der unnachgiebigen Haltung der Mohammedaner gescheitert.

Damit erfüllt sich Sir John Simons Prophezeiung, daß das schwierigste Problem auf der Konferenz die unglückselige, auf Rassengegensätzen beruhende Uneinigkeit der indischen Gegenpartei sein werde, die nunmehr die Einsetzung eines Unterausschusses für die Minderheitenfrage notwendig gemacht hat.

Die Verhandlungen der Round-Table-Konferenz sind dadurch fast auf einem toten Punkt angelangt.

Maßregelung eines faschistischen Wirtschaftsführers

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MAILAND, 15. DEZEMBER

Mario Alberti, der frühere Generaldirektor des Credito Italiano, Staatsminister und Reparationssachverständige, hatte in der faschistischen Monatsschrift „Bita Italiana" einen schweren Angriff gegen mehrere Aufsichtsratsmitglieder der genannten Gryßbank veröffentlicht, in dem er ihnen Schiebungen zur persönlichen Bereicherung auf Kosten der Bank vorwarf und sie auch persönlich verunglimpfte.

Eine Woche nach Erscheinen des Artikels hat Mussolini Alberti von allen Aemtern abgesetzt, obwohl er sich immer rühmte, waschechter Faschist zu sein und auch in dem erwähnten Angriff andern die Nichtzugehörigkeit zur Partei vorwarf.

Englands neuer Zivil-Luftchef

Der bisherige Kommandeur der englischen Luftflotte in Indien, Sir Geoffrey Salmond, soll an Stelle des bei dem Absturz „R 101" ums Leben gekommenen Sir Sefton Branker zum Chef der englischen Zivil-Luftfahrt ernannt werden. Salmond war Artillerieoffizier und kommandierte im Krieg die englischen Flugzeuggeschwader im Orient.